



Presseschau vom 26.04.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

de.sputniknews.com: **Sacharowa: US-Einbruch in Generalkonsul-Residenz ist "staatlicher Raubüberfall"**

Nach dem Einbruch von US-Beamten in die Residenz des russischen Generalkonsuls in Seattle hat die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, deutliche Worte gefunden. Der Einbruch sei nichts anderes als ein "staatlicher Raubüberfall".

In ihrer ersten Reaktion hat Sacharowa das Vorgehen von Vertretern der US-Regierung mit dem räuberischen Handeln von Kriminellen verglichen.

"Schauen Sie nur: Die US-Behörden haben damit begonnen, den Gebäudekomplex des russischen Generalkonsulats in Seattle zu besetzen. Das ist ein seltener Anblick — das ist ein staatlicher Raubüberfall", schrieb Sacharowa auf ihrem Facebook.

Auch russische Parlamentarier haben das US-Vorgehen auf das Schärfste kritisiert und bereits Antwortmaßnahmen angedroht.

Der Chef der Kommission zum Schutz der staatlichen Souveränität im russischen Föderationsrat, Andrej Klimow, hat etwa erklärt, Russland behalte sich das Recht vor, mit ebenbürtigen Maßnahmen zu reagieren.

"Das ist ein Prinzip der Diplomatie. Russland hat das Recht nach dem Eindringen in das russische Konsulat in Seattle nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit mit den USA zu verfahren", so Klimow.

Gleichzeitig äußerte Klimow seine Zweifel, dass US-Präsident Donald Trump persönlich die

Anweisung zu diesem Schritt gegeben habe.

"In den USA versucht jemand, Russland mit der Trump-Administration (in einen Konflikt zu verwickeln), organisiert solche Provokationen, in der Erwartung, dass wir die Nerven verlieren und 'die Tür zuschlagen'", sagte der Abgeordnete.

Daher sei es im Moment extrem wichtig, die genauen Umstände dieser Provokation zu klären. Zuvor war bekannt geworden, dass US-Vertreter in die Residenz des russischen Generalkonsuls in Seattle eingebrochen waren.

Das russische Generalkonsulat in Seattle hat seine Arbeit am 02. April eingestellt, wie es Washington im Zuge der Ausweisung russischer Diplomaten gefordert hatte.

Seitdem gab es in der Residenz nur kleinere Arbeiten zur Archivierung wichtiger Unterlagen sowie zur "Konservierung" des Gebäudes.

Als Reaktion auf den sogenannten Skripal-Fall hatten die USA zuvor 48 russische Diplomaten und zwölf russische Mitarbeiter von UN-Einrichtungen des Landes verwiesen und das russische Konsulat in Seattle geschlossen.

Russland hatte daraufhin mit symmetrischen Antwortmaßnahmen reagiert.

[Ukrinform.ua: EU-Abgeordnete: In EU lobbiiert man „Nord Stream-2“ auf hoher Ebene](#)
In der Europäischen Union sei die Lobby auf hoher Ebene eine weit verbreitete Erscheinung, die auch die Interessen Russlands fördert, einschließlich Nord Stream-2, sagte in einem exklusiven Kommentar für den Ukrinform-Korrespondenten in Brüssel das Mitglied des EU-Parlaments, Petras Auštrevičius.

„Ich nehme an, dass die Lobby auf hoher Ebene, von den Mitgliedsländern und bis zur Europäischen Kommission, eine verbreitete Erscheinung ist. Ich bin sicher, dass die Politiker dazu zusammenstehen und in dieser Hinsicht eine breite Zusammenarbeit haben. Denn die russische Lobby in Brüssel ist sehr stark, und besonders in einigen Mitgliedsländern“, erklärte der litauische Politiker auf die Frage, wer in der EU die Gaspipeline Nord Stream-2 fördert. Petras Auštrevičius stellte fest, dass Nord-Stream-2 ein strategisches Projekt Russlands ist. „Sie (die Russen) betrachten es nicht nur als ein kommerzielles Energieprojekt, sondern auch als solches, das Europa an Russland wirtschaftlich stärker bindet. Es schließt die Ukraine aus dem Transportnetz aus“, sagte der Abgeordnete.

[de.sputniknews.com: Generalstab: Niemand betroffen bei Besuch von Orten angeblicher Gasattaken in Syrien](#)

Gleich nach den Raketenschlägen der USA, Großbritanniens und Frankreichs haben viele Bewohner Objekte mit angeblichen Giftstoffdeponien in Syrien ohne Schutzmasken besucht, wobei niemand betroffen wurde. Das teilte der Chef der operativen Hauptabteilung im russischen Generalstab, Generaloberst Sergej Rudskoi, am Mittwoch in Moskau mit.

„Die zerstörten Objekte wurden von vielen Arbeitern und einfachen Schaulustigen ohne Atem- oder Hautschutz besucht. Niemand von ihnen hat sich dabei vergiftet.“ Rudskoi zufolge hatten russische ABC-Spezialisten Proben im Objekt Barza genommen, um das Niveau einer möglichen Verseuchung festzustellen.

„Die Analysen zeigten, dass es im zerstörten Objekt keine toxischen Chemikalien gegeben hatte, was durch ein entsprechendes Protokoll belegt wurde. Das zeugt davon, dass in diesem Forschungszentrum seit langem keine Arbeiten mit Giftstoffen durchgeführt wurden“, fuhr der General fort.

Die Logik der militärpolitischen Führungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs bei der Wahl dieser Objekte für den künftigen Angriff sei „absolut unklar“. „Wären dort Kampfstoffe eingelagert gewesen, wären bei den Raketenschlägen weite Gebiete verseucht worden. Und allein in Damaskus wären dutzende Tausend Menschen gestorben.“

Rudskoi zufolge sind Objekte in einem beliebigen Land, in denen Kampfstoffe entwickelt

werden und fertige Munition deponiert ist, streng bewacht. „Aber das traf auf die oben genannten Objekten nicht zu. Das waren gewöhnliche Gebäude und Hangars“, sagte der Militär.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32047/81/320478163.jpg>

de.sputniknews.com: **Mogherini nennt Bedingung für Finanzierung von Wiederaufbau in Syrien durch EU**

Die Europäische Union wird nicht in die Wiederaufbauarbeiten in Syrien einsteigen, solange der Prozess der politischen Regelung in diesem Land nicht begonnen hat. Das erklärte die EU-Chefdiplomatin Federica Mogherini nach Angaben des russischen Internetportals life.ru. Mogherini gab zu verstehen, dass eine finanzielle oder sonstige Hilfe für Syrien von der EU bislang nicht geplant sei. „Zuerst soll der politische Prozess im Land beginnen“, sagte sie. Die Wahrscheinlichkeit einer „militärischen Eskalation“ in Syrien bestehe weiter. Über das Schicksal der Republik sollten ausschließlich die Syrer selbst entscheiden, betonte Mogherini. Die EU wolle drei Milliarden Euro mobilisieren, um syrischen Flüchtlingen in der Türkei zu helfen. Mogherini zufolge dürfte die Summe im Laufe von drei Jahren bereitgestellt werden. Zuvor wurde gemeldet, dass das Repräsentantenhaus des US-Kongresses einen Gesetzentwurf eingebracht hatte, der jegliche Hilfe bei der Wiederherstellung auf von Präsident Baschar al-Assad kontrollierten Territorien Syriens untersagt. „Mit dem Gesetz soll verhindert werden, dass das Geld US-amerikanischer Steuerzahler dem verbrecherischen syrischen Regime zugutekommt“, hieß es in Washington zur Begründung.

de.sputniknews.com: Fall Skripal: Russischer Pranker enthüllt Details von Anruf bei OPCW-Chef

Der OPCW-Chef Ahmed Üzümcü hat in einem Telefongespräch mit den russischen Prankern Wowan und Lexus gestanden, dass der Giftstoff, mit dem der Ex-Spion Sergej Skripal und seine Tochter Julia vergiftet wurden, in jedem anderen Staat hergestellt werden könnte. Pranker Alexej Stoljarow (Lexus) hat gegenüber Sputnik die Details des Gesprächs enthüllt. „Ich wurde einfach müde zu hören, worüber die Vertreter der USA und Großbritanniens im UN-Sicherheitsrat sprechen. Sie beschuldigten Russland ohne irgendwelche Beweise, darum habe ich beschlossen, den OPCW-Chef anzurufen um festzustellen, was genau passiert war“, so erklärte Lexus die Gründe, warum er den OPCW-Chef anrief. „Seinen Worten nach hat unser OPCW-Vertreter gesagt, es gebe keine Beweise, dass dieser

Stoff in Russland hergestellt worden wäre, und dass man mehr Details brauche“, so Stoljarow weiter. „Laut dem OPCW-Chef könnte dieser Stoff in jedem anderen Land entwickelt werden“.

Die Vorwürfe westlicher Medien, dass Wowan und Lexus Verbindungen zum Kreml oder zu russischen Geheimdiensten haben, wies Stoljarow zurück. „Sie können es machen, aber sie haben keine Beweise. Wir sind einfach Bürger mit einer festen Position. Genau darum haben wir es getan“.

„Wir brauchen mehr Beweise, selbst wenn es Russland oder die USA wären“, so erklärte Lexus seine „feste Stellung“. „Aber Großbritannien wollte die Ergebnisse und Details nicht preisgeben. (...) Nur der OPCW-Chef ist verantwortlich, er weiß, wie der Stoff entwickelt wurde, darum beschlossen wir, mit ihm zu telefonieren“.

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess

Es wurden Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in folgenden Richtungen festgestellt:

20:20-20:25 – aus Richtung Lebendinskoje auf **Leninskoje**, es wurden 5 Granatgeschosse mit Antipanzergranatwerfern abgeschossen, außerdem wurden großkalibrige und Schusswaffen verwendet;

20:40-21:00 – aus Richtung Starognatowka auf **Nowolaspa**, es wurden 50 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, 29 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, außerdem wurden großkalibrige und Schusswaffen verwendet;

20:50-21:30 – aus Richtung Kamenka auf **Krutaja Balka**, es wurden 29 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, außerdem wurden Schusswaffen verwendet;

20:50-21:30 – aus Richtung Troizkoje auf **Oserjanowka**, es wurden 50 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, 14 Granatgeschosse mit Antipanzergranatwerfern und 29 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen;

20:50-21:30 – aus Richtung Pawlopol auf **Oktjabrj**, es wurden 10 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm, 29 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, außerdem wurden Schusswaffen verwendet;

21:00-21:30 – aus Richtung Awdejewka auf **Mineralnoje**, es wurden 10 Granatgeschosse mit Antipanzergranatwerfern abgeschossen;

21:50-22:20 – aus Richtung Groizkoje auf **Oserjanowka**, es wurden 10 Artilleriegeschosse des Kalibers 100mm abgeschossen, es wurden 150 Schüsse mit Schützenpanzern, 100 Schüsse mit Schützenpanzerwagen abgegeben, 87 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, außerdem wurden großkalibrige und Schusswaffen verwendet;

21:55-22:20 – aus Richtung Majorsk auf **Gorlowka (Bergwerk 6/7)**, es wurden 5 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, 58 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgegeben, außerdem wurden großkalibrige und Schusswaffen verwendet;

21:55-22:20 – aus Richtung Wodjanoje auf **Leninskoje**, es wurden 10 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen;

23:30 – aus Richtung Kurdjumowka auf **Sajzewo**, es wurden 15 Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm abgeschossen.

de.sputniknews.com: Kiew will Polizeitrupps für „Krim-Patrouille“ aufstellen – Krim-Abgeordneter reagiert

Der Abgeordnete des Krim-Parlaments Wladislaw Ganschara hat gegenüber dem Sender RT die Erklärung der ukrainischen Nationalpolizei über das Einstellen von Streifenpolizisten in die Abteilung der Patrouillenpolizei von der Krim und Sewastopol kommentiert.

„Ich bin fest davon überzeugt, dass es eine weitere inhaltslose Initiative der Behörden in

Kiew ist, denn es wird nie passieren, dass die sogenannte Polizei der Autonomen Republik Krim die Republik Krim patrouilliert, lediglich kann das in den kranken Köpfen und Fantasien der ukrainischen Politiker passieren. Die Schaffung eines neuen Gremiums wird die Bereitstellung von Haushaltsmitteln mit sich bringen, und das ukrainische Rechtssystem ist mit Korruptionsschemas wie nie zuvor durchzogen“, sagte Ganschara. Zuvor hatte der Chef der ukrainischen Nationalpolizei, Sergej Knjasjew, die Aufstellung einer sogenannten „Streifenpolizei der Republik Krim und von Sewastopol“ angekündigt. Laut Knjasjew werden die Polizisten mit Krim-Bewohnern arbeiten, die in die Ukraine kommen werden. Er hatte außerdem erklärt, die „Krim-Streifenpolizei“ werde im Mai anfangen, die drei wichtigsten Straßen, die die Ukraine mit der Halbinsel verbinden, zu patrouillieren.

de.sputniknews.com: **US-Außenministerium hält Einbruch in russische Generalkonsul-Residenz für "legitim"**

Das amerikanische Außenministerium hält den Einbruch von US-Beamten in die Residenz vom russischen Generalkonsul in Seattle für eine "legitime Antwort" auf "russische Handlungen".

Nach US-Darstellung sei diese Aktion in diesem Zusammenhang kein Einbruch gewesen, sondern auch eine "Reaktion" auf die Vergiftung des Ex-Doppelagenten Sergej Skripal in England. Washington beschuldigt Moskau für diese Vergiftung — konkrete Beweise konnten die USA hierfür allerdings nicht liefern.

Inwiefern der Einbruch in diplomatisches Eigentum mit der angeblichen Beteiligung an der Skripal-Vergiftung zusammenhängt, konnte das US-Außenministerium ebenfalls nicht sagen. Zudem habe man sich vergewissern wollen, dass das Gebäude wirklich geräumt worden sei, so Washington.

Zuvor ist es bekannt geworden, dass US-Vertreter in die Residenz des russischen Generalkonsuls in Seattle eingebrochen waren. Russische Politiker kritisierten diesen Schritt auf das Schärfste....

vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen in den letzten 24 Stunden **siebenmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Kalinowka, Logwinowo und Nishneje Losowoje**.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

Ukrinform.ua: **Präsident unterzeichnet Gesetz über verstärkte Grenzkontrollen**

Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hat am Donnerstag das Gesetz über verschärfte Kontrollen an der Staatsgrenze unterzeichnet.

„Der Präsident hat das Gesetz der Ukraine „Über die Änderungen in einigen Gesetzen des Gesetzes der Ukraine über die Gewährleistung der Sicherheit der Grenze des Staates unterzeichnet“, teilte die Pressestelle des Staatschefs mit. Man könne damit den Gesetzesverstößen an der Staatsgrenze, in den Gebieten, die an der Grenze liegen, und an den Kontrollposten in der Ostukraine besser entgegenwirken, heißt es. Die Maßnahmen des Grenzschutzdienstes der Ukraine zur Bekämpfung der illegalen Migration und der anderen Verstöße würden mit den Änderungen im Gesetz verbessert werden.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 25. April 3:00 bis 26. April 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 38.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Oserjanowka, Sajzewo Jushnoje, Golmowskij, Dolomitnoje, Werchnetorezkoje Nishneje, Bergwerk 6/7), Jasinowataja (Krutaja Balka, Mineralnoje, Jakowlewka), Donezk (Spartak, Trudowskije), Dokutschajewsk (Styla), Telmanowo (Nowolaspä), Besymennoje (Kominternowo, Leninskoje, Oktjbarj).**

Gestern wurden in der Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in **Sajzewo** folgende Wohnhäuser beschädigt:

Brusilow-Straße 32 – ein Haus vollständig zerstört;

Brusilow-Straße 34 – das Dach ist beschädigt, die Wände sind teilweise zerstört;

Poletajewa-Straße 191 – das Dach ist beschädigt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 1452.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 1048.

Wir erinnern, seit 00:01 (Moskauer Zeit) am 30. März 2018 trat gemäß der von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung – der „Oster“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: US-Außenministerium nennt Grund für Einbruch in russische Generalkonsul-Residenz

Die amtliche Sprecherin des US-Außenministeriums Heather Nauert hat via Twitter den Einbruch von amerikanischen Beamten in die Residenz des russischen Generalkonsuls in Seattle mit „Gegenmaßnahmen“ gegen die Politik der russischen Behörden begründet.

„Heute sind Beamte des US-Außenministeriums durch das Gebäude in Seattle gegangen, um zu bestätigen, dass es geräumt worden ist. Wir werden es gemäß unseren Verpflichtungen sichern und pflegen. (Es gab) keine ‚Invasion‘, nur eine harte, legitime Antwort auf das andauernde, abscheuliche Benehmen Russlands“, twitterte sie.

In einem weiteren Tweet verwies Nauert auf das Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen, in dessen Rahmen die USA die Genehmigung für die Einrichtung und Tätigkeit der russischen konsularischen Behörde in Seattle zurückgezogen hätten.

„Wir haben dies als Antwort auf den Einsatz von militärischem Nervenkampfstoff auf dem Territorium Großbritanniens durch die russische Regierung getan“, schrieb sie weiter....



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32048/03/320480374.jpg>

Mptdnr.ru: Zur Gewährleistung einer effektiven und sicheren Arbeit im staatlichen Unternehmen „Charzysker Stahlseilfabrik Sulir“ fand ein Brandschutztraining zur Evakuierung und zum Löschen eines hypothetischen Brand unter Heranziehung der 28. Feuerwache des Feuerwehrdienstes des Zivilschutzministeriums in Charzysk statt. „Wir haben beschlossen, eine „gute vergessene Tradition“ wieder aufzunehmen, die Struktur freiwilliger Feuerwehreinheiten in Industrieunternehmen. Sie existierten in der UdSSR praktisch in jedem Betrieb und in jeder Kolchose und Sowchose und anderen landwirtschaftlichen Unternehmen. Das Ziel dieser Einheiten war die Verhütung von Bränden und die Unterstützung von professionellen Feuerwehrlern bei der Löschung“, sagte der Direktor von Sulir Sergej Artjomow. Die wieder gebildete freiwillige Feuerwehreinheit der Fabrik, die unter Leitung der örtlichen Abteilung des Zivilschutzministeriums steht, war bereits bei der Vorbereitung und Durchführung des Brandschutztrainings aktiv. Die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehreinheit zeigten organisierte und sachkundige Aktivitäten bei der Evakuierung und bei der Löschung eines hypothetischen Brandes. „Ich bin mit den Ergebnissen sehr zufrieden. Unsere Mitarbeiter konnten schnell und gut die gestellte Aufgabe lösen. Wir hoffen, dass wir im weiteren freiwillige Feuerwehreinheiten in jeder Werkhalle organisieren können, was es erlauben wird, die prophylaktische Arbeit zur Gewährleistung der Brandsicherheit in dem Unternehmen effektiver zu machen“, sagte der Leiter der örtlichen Abteilung des Zivilschutzministeriums Sergej Gusenkow.

de.sputniknews.com: Syrien: Russische Militärpolizei überwacht Ost-Kalamun – Versöhnungszentrum

Die russische Militärpolizei und die syrische Polizei werden die Städte in dem syrischen Gebiet Ost-Kalamun überwachen, das die Regierungstruppen wieder unter ihre Kontrolle gebracht haben. Dies teilte ein Vertreter des russischen Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien mit.

Zuvor war berichtet worden, dass am Mittwoch syrische Regierungstruppen und die russische Militärpolizei in das Gebiet mit den Ortschaften Ad-Dumair, Dschajrud und Al-Ruhaibah einmarschiert seien. Bis dahin stand es unter Kontrolle von neun islamistischen Gruppierungen, darunter auch Dschaisch al-Islam.

„Die russische Militärpolizei und die syrische Polizei werden die Städte von Ost-Kalamun gemeinsam überwachen, um die Sicherheit der einheimischen Bevölkerung sowie die Sicherheit in Schulen, Krankenhäusern und staatlichen Einrichtungen zu gewährleisten“, sagte der Vertreter.

Ungefähr 5500 Kämpfer und ihre Familienmitglieder waren aus dem Gebiet weggebracht worden.

Ende der letzten Woche war die Evakuierung der Kämpfer aus der Stadt Ad-Dumair abgeschlossen worden. Die Stadt galt als eine Hochburg und ein Versorgungszentrum des Gebiets Ost-Kalamun im Nordosten des syrischen Gouvernements Damaskus.

Die Vereinbarung über eine friedliche Evakuierung war nach demselben Prinzip wie bei den Städten und Dörfern Ost-Ghutas getroffen worden.

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess vom Vormittag:

Nach 03:00 wurden Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in folgenden Richtungen festgestellt:

5:00-5:40 – aus Richtung Awdejewka auf **Jasinowataja**: es wurden 15 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen, es wurden 25 Schüsse mit Schützenpanzern, 26 Schüsse mit Antipanzergranatwerfern abgegeben, es wurden 29 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen;

5:20-6:10 – aus Richtung Sajzewo Sewernoje auf **Sajzewo** Jushnoje: es wurden 20 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm, 10 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen es wurden 10 Schüsse mit Panzern, 40 Schüsse mit Abwehrgeschützen, 50 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, es wurden 29 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgegeben;

5:35-6:10 – aus Richtung Nowoselowka 2 auf **Michajlowka**: es wurden 20 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen;

5:50-6:20 – aus Richtung Kodema auf **Golmowskij**: es wurden 3 Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm abgeschossen.

09:55-10:25 – aus Richtung Awdejewka auf **Jasinowataja**, es wurden 1 Mörsergeschoss des Kalibers 120mm abgeschossen;

10:50-11:10 – aus Richtung Awdejewka auf **Jasinowataja**, es wurden Schusswaffen verwendet;

10:55-11:25 – aus Richtung Nowognatowka auf **Dokutschajewsk**, es wurden 2 Mörsergeschosse Kalibers 120mm abgeschossen, es wurden 15 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben;

11:15-11:45 – aus Richtung Awdejewka auf **Mineralnoje**, es wurden Schusswaffen verwendet;

11:15-11:45 – aus Richtung Nowotroizkoje auf **Dokutschajewsk**, es wurden 6 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm, 29 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, außerdem wurden Schusswaffen verwendet;

11:50 aus Richtung Nowognatowka auf **Dokutschajewsk**: es wurden 10 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen.

de.sputniknews.com: **Auch Deutschland muss Niederlage in Syrien eingestehen und abrüsten – Karin Leukefeld**

Der Westen und auch Deutschland muss seine Niederlage in Syrien eingestehen. Verbal, politisch und militärisch muss abgerüstet werden. Wenn die westlichen Staaten hingegen am US-Teilungsplan für Syrien festhalten, wird das die Region in einen neuen Krieg führen. Zweiter Teil eines zweiteiligen Hintergrundbeitrags von Karin Leukefeld.

Nach dem militärischen Angriff auf Syrien vom 14. April und den ihn flankierenden medialen Angriffen auf Syrien folgt nun die politische Offensive des Westens. Dafür soll die „Kleine Syriengruppe“ um weitere Länder erweitert werden – Deutschland, Türkei, Ägypten, heißt es im Protokoll vom Treffen am 11. Januar 2018.

Die Türkei soll in Absprache mit den USA den Nordwesten Syriens kontrollieren. Um die US-Truppen aus dem Gebiet östlich des Euphrat perspektivisch wieder abziehen zu können, will US-Präsident Trump dort Medienberichten zufolge arabische Soldaten aus den Golfstaaten und aus Ägypten stationieren. Vorerst soll der Einsatz der US-geführten „Anti-IS-Allianz“ und ihrer „Partner am Boden“ (syrische Kurden, Syrische Demokratische Kräfte und andere) von den reichen Golfstaaten Saudi-Arabien, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten finanziert werden.

Deutschland vorne mit dabei

Deutschland ist eine Rolle in der westlichen Führungsriege zugeordnet. Bei der Syrien-„Stabilisierung“ à la USA soll Deutschland weiterhin sowohl militärische als auch humanitäre Aufgaben übernehmen. Die Bundeswehr gehört schon jetzt zu der US-geführten „Globalen Allianz gegen den IS“ – ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates und daher völkerrechtswidrig. Deutsche Soldaten sind als Militärberater und —ausbilder in Erbil, Bagdad und Amman stationiert. Deutsche Sicherheitsexperten bilden auf Militärbasen in Syrien „lokale Partner“ im Minenräumen und für Sicherheitsaufgaben aus.

Die Bundesregierung dementiert die Anwesenheit deutscher Spezialkräfte der Bundeswehr in Syrien, obwohl lokale Quellen (gegenüber der Autorin) wiederholt die Anwesenheit deutscher Soldaten im Nordosten Syriens bestätigt haben. Der Bundeswehreinsatz im Rahmen der US-geführten „Anti-IS-Allianz“ unter dem Namen „Operation Inherent Resolve“ umfasst aktuell noch 800 Soldaten.

Im humanitären Bereich sind – neben der offiziellen staatlichen Hilfe für UN-Organisationen und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) – staatliche und private Hilfsorganisationen in Idlib und in Aleppo-Land aktiv. Diese Gebiete werden von der Nusra-Front, Ahrar al-Sham, Faylaq al Rahman und von der Türkei kontrolliert, die völkerrechtswidrig nach Syrien einmarschiert ist und dort staatliche türkische Strukturen installiert. Im Rahmen der Astana-Deeskalationsvereinbarung für Idlib hat die Türkei offiziell temporär Soldaten nach Idlib entsandt.

Deutsche staatliche und private Hilfsorganisationen sind auch bei Manbidsch und östlich des Euphrat aktiv. Die Bundesregierung hat mindestens 10 Millionen Euro für das Minenräumen im verwüsteten Rakka zugesagt. Das deutsche oder von Deutschland finanzierte Engagement entspricht dem vom ehemaligen US-Außenminister Rex Tillerson skizzierten zivil-militärischen Engagement zur „Stabilisierung“ der „befreiten Gebiete“ in Syrien.

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist die staatliche Entwicklungszusammenarbeitsorganisation in der Bundesrepublik Deutschland und entspricht der US-AID, die in Syrien die militärische Präsenz absichert. Die GIZ kooperiert mit staatlichen und privaten Hilfsorganisationen sowie mit der syrischen oppositionellen „Interimsregierung“, um „lokalen Verwaltungen, um dem befreiten Volk zu helfen, ihre eigenen Kommunen zu stabilisieren“, wie Tillerson ausführte.

Warum und wie weit Berlin Washington folgt

Berlin hat erhebliches Interesse an der Zukunft Syriens und folgt daher der Aufforderung aus Washington, „keine internationale Wiederaufbauhilfe für irgendein Gebiet unter Kontrolle des Assad-Regimes“ zu leisten. Deutschland nutzt den Wunsch der Syrer nach einem normalen Leben, um wirtschaftlichen, politischen und militärischen Druck auf Syrien auszuüben und „um Assad zum Rücktritt zu zwingen.“ Jedes deutsche Engagement in und um Syrien herum – auch für syrische Flüchtlinge in Deutschland oder in Lagern in den Nachbarländern – steht in diesem Zusammenhang.

Der deutsche Außenminister Heiko Maas machte sich unmittelbar nach dem Angriff auf

Syrien vom 14. April für die Fortsetzung des Genfer Prozesses stark. „Wir versuchen, den politischen Prozess neu aufzusetzen“, sagte er im ZDF-Interview. Wichtig sei eine Waffenruhe – das müssten auch die Russen akzeptieren. Russland blockiere den UN-Sicherheitsrat mit seinem Veto.

Wenige Tage später, bei der Syrien-Debatte im Bundestag am 19. April, sagte Maas laut stenographischem Protokoll, „die internationalen Mechanismen zur Konfliktlösung (haben) versagt (...), ansonsten wäre auch das militärische Eingreifen Frankreichs, der USA und Großbritanniens nicht erforderlich gewesen.“ Und weiter:

„Das Assad-Regime hat in der Vergangenheit nachweislich und wiederholt Chemiewaffen gegen die eigene Zivilbevölkerung eingesetzt. Mit Chlorgas und Sarin sind unschuldige Frauen, Männer und Kinder auf unerträglichste Weise ermordet worden.“ Jetzt solle die Lage „nicht weiter eskalieren“ und die Dynamik genutzt werden, um „eine Wiederaufnahme des festgefahrenen politischen Prozesses“ voranzutreiben. Weder Genf noch Astana hätten „den politischen Prozess bisher nachhaltig nach vorne bringen können“, so Maas weiter. Die Vereinten Nationen seien „die einzige Institution und Organisation, die einen solchen Prozess dauerhaft tragen“ könne.

Die Bundesregierung habe bei der Nato und der EU auf neue politische Gespräche gedrängt. Beim Außenministertreffen der G7 in Kanada vom 22. bis 24. April sollte ebenfalls über Syrien gesprochen werden. Engsten Kontakt hält Berlin weiter zu Staffan de Mistura. „Schritt für Schritt müssen wir die internationalen Partner erst wieder an Bord holen, die dann gemeinsam den Prozess der Vereinten Nationen wieder in Gang bringen müssen. Frankreich, die USA, Großbritannien, die Partner aus der Region, die Türkei und Russland werden für diesen Prozess unverzichtbar sein.“

Man werde alle „Kanäle nach Moskau nutzen, um gegenüber Russland auf eine konstruktive Haltung zu drängen“. Moskau müsse „den Druck auf das Assad-Regime erhöhen“. Geld soll weiter in die humanitäre Hilfe fließen, das werde Berlin bei der nächsten Syrien-Konferenz in Brüssel ab dem 24. April bekräftigen. Menschenrechtsverbrecher in Syrien müssten vor Gericht gestellt werden. Deutschland sei bereit, die „Vernichtung syrischer Chemiewaffen ganz praktisch, finanziell und logistisch zu unterstützen“.

Heiko Maas auf dünnem Eis

Mit seinen Äußerungen begibt der Außenminister sich auf dünnes Eis. Zumindest zeigt er, dass er über die historische Entwicklung des Konflikts in Syrien nicht ausreichend informiert ist. Das wäre aber eine Voraussetzung, um eine nachhaltige politische Lösung für Frieden in Syrien vorantreiben zu können.

Erstens war der militärische Einsatz von USA, Frankreich und Großbritannien völkerrechtswidrig, weil sie – nicht Russland – den international gültigen Mechanismus im UN-Sicherheitsrat missachtet haben. Zu diesem Ergebnis kommt neben Syrien und Russland auch der wissenschaftliche Dienst des deutschen Bundestages.

Zweitens wird bis heute behauptet, ohne bewiesen zu sein, dass die syrische Regierung chemische Waffen gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt habe. Die Organisation für das Verbot von chemischen Waffen (OPCW) hat Syrien indes die Vernichtung seiner Chemiewaffenbestände bestätigt.

Drittens haben die USA 2012 das zuvor unterzeichnete Genfer Abkommen missachtet, indem die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton – unmittelbar nach der Unterzeichnung – erklärte, das Abkommen könne erst umgesetzt werden, wenn Assad nicht mehr an der Macht sei. Diese Forderung war und ist bis heute in keinem UN-Dokument zu Syrien enthalten. Der damalige UN-Sondervermittler für Syrien, Kofi Annan, zog sich nach Clintons Äußerung von dem Posten zurück.

Viertens ist der politische Prozess in Genf festgefahren, weil die vom Westen, der Türkei und den Golfstaaten unterstützte Opposition sich regelmäßig nicht an die ausgehandelten Vorgehensweisen hielt, andere Oppositionsgruppen nicht akzeptierte und zu Beginn fast jeder

Verhandlungsrunde den Rücktritt des syrischen Präsidenten forderte.

Fünftens hat Russland – gemeinsam mit dem Iran und der Türkei – mit den Gesprächen und Vereinbarungen in Astana innerhalb eines Jahres in Syrien umfangreiche landesweite Waffenstillstände und Deeskalationsgebiete erreicht, was die Gewalt in Syrien massiv verringert und den Menschen neue Hoffnung gegeben hat. Ein Amnestieangebot an syrische Kämpfer ist seit 2014 in Kraft und wurde bereits von Tausenden Männern unterzeichnet, die ihre Waffen niedergelegt haben.

Sechstens agieren Russland und der Iran in Syrien mit der Zustimmung und auf Einladung der legitimen syrischen Regierung in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht. Die US-geführte Anti-IS-Allianz, der auch Deutschland angehört, hat weder die Zustimmung der syrischen Regierung noch des UN-Sicherheitsrates für seine Präsenz und seine Kampfeinsätze in Syrien.

Wer Frieden will, muss das Völkerrecht akzeptieren

Wer Frieden in Syrien will, muss die Tatsachen im Land akzeptieren, auch wenn sie ihm nicht gefallen. Die militärische und politische Unterstützung Russlands hat den syrischen Präsidenten Assad gestärkt und das Land stabilisiert. Die von Russland vorgeschlagenen und unterstützten Deeskalationsgebiete, Waffenstillstände und Vereinbarungen zwischen Regierung und Kampfgruppen haben den Weg für eine innersyrische politische Lösung geebnet. Russland ist eine, wenn nicht sogar die neue Ordnungsmacht in Syrien und in der Region.

Der westliche Plan – Assad zu beseitigen – ist gescheitert. Die dafür aufgebaute und geförderte Opposition – auch die syrischen Kurden östlich des Euphrat – ist nicht in der Lage, allen Syrern in ganz Syrien eine politische Perspektive zu bieten. Sie sollen ihre Ideen in eine innersyrische Debatte einbringen, wie es bei der Konferenz in Sotschi begonnen hat. Dafür braucht Syrien und brauchen die Syrer Unterstützung.

Beratungen auf G7- und Nato-Ebene darüber, wie der „Druck auf Russland“ erhöht werden kann, damit Moskau die syrische Führung ausliefert, sind ein Rezept für Eskalation.

Besatzung, Destabilisierung und die anhaltende Einmischung in die inneren Angelegenheiten Syriens verstoßen gegen die UN-Charta. In Artikel 2, Absatz 3 der UN-Charta heißt es:

„Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.“

Und Artikel 2, Absatz 4 führt aus:

„Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

Eskalation oder Abrüstung

Um den Syrern, dem Land und der Region weitere Kriege, Leid und Unsicherheit zu ersparen, muss der Westen, muss Deutschland seine Niederlage in Syrien eingestehen. Verbal, politisch und militärisch muss abgerüstet werden. Der Westen muss auf Syrien und seine Verbündeten zugehen und auf die Golfstaaten, Israel und die syrische Opposition entsprechend einwirken, das ebenfalls zu tun. Hält der Westen an dem US-Teilungsplan für Syrien fest und will die Zukunft des Landes und der Region bestimmen, knüpft er nicht nur an seine koloniale Tradition der Unterwerfung an, sondern wird die Region auch in einen neuen Krieg führen.

Dnr-online.ru: In der Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden 6 Häuser in Sajzewo zerstört

Wie die Vertretung der DVR im GZKK zuvor mitgeteilt hat, wurde Sajzewo im Norden von Gorlowka massiv von Seiten der ukrainischen Truppen beschossen. Es wurde aus Richtung Sajzewo Sewernoje auf Sajzewo Jushnoje mit Mörsern, Panzern, Abwehrgeschützen, Schützenpanzern und automatischen Granatwerfern geschossen.

In der Folge des Beschusses gerieten zwei Häuser in Brand, vier wurde durch direkte Treffer

zerstört:

Friedensstraße 10 und 11: die Häuser gerieten nach dem Beschuss in Brand und sind abgebrannt;

Friedensstraße 13, 15, 17, 19: die Häuser sind durch direkte Treffer zerstört worden.

Aufgrund der Nähe der Häuser zur Kontaktlinie und weil sie in Reichweite von Schusswaffen sind, konnten Vertreter des GZKK der DVR und Einheiten des Zivilschutzministeriums der DVR aufgrund ständiger Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte nicht an den Ort des Geschehens gelangen.

de.sputniknews.com: Russische Regierung effektiver als jene in Europa und USA – Studie
Russland hat die USA und die meisten europäischen Länder in der Rangliste der Effektivität der Regierungsarbeit überholt. Das geht aus der gemeinsamen Studie von den Forschungszentren Gallup International und Romir hervor, deren Ergebnisse Sputnik vorliegen.

Im November und Dezember 2017 fand eine weltweite Umfrage statt, die sich mit den Ergebnissen des zu Ende gehenden Jahres und der Einschätzung der Bürger über die Aktivitäten der Regierungen ihrer Herkunftsländer befasste. An der Umfrage sollen beinahe 54.000 Menschen aus 52 Ländern teilgenommen haben.

Laut der Studie belegten die Philippinen den ersten Platz, gefolgt von Vietnam und Indien. Russland nahm Platz 16 ein. Unter den europäischen Ländern schnitten Mazedonien (Platz 13), Albanien (17), Serbien (18), Polen (21), Deutschland (24) und Frankreich (25) am besten ab. Die USA landeten auf Platz 41. Die Schlusslichter der Rangliste sind Kroatien, Japan und Lettland.

Der Studie zufolge soll fast jeder zweite Russe (46 Prozent) mit der Einschätzung einverstanden sein, dass die amtierende Regierung effektiv sei. Jeder dritte Russe (33 Prozent) sei der Ansicht, dass der Staat seine Meinung respektiere. Vier von zehn Befragten (44 Prozent) würden der Behauptung zustimmen, dass die Regierung das Land in die richtige Richtung führe.

Lug-info.com: Die Voraussetzungen für die Bildung der LVR und der DVR haben ihre Grundlage in der Donezko-Kriworoschkaja-Republik, die während des Bürgerkriegs existierte. Dies erklärte heute der Minister für Kultur, Sport und Jugend der LVR Dmitrij Sidorow auf der Eröffnung der wissenschaftlich-praktische Konferenz „Genesis der Identität des Volks des Donbass: von der DKR zur LVR“.

Organisatoren der Konferenz, die in Lugansk stattfindet und dem 100. Jahrestag der Donezko-Kriworoschkaja Republik gewidmet ist, sind das Ministerium für Kultur, Sport und Jugend der LVR und die Lugansker staatliche Matusowskij-Akademie für Kultur und Kunst.

An der Konferenz nehmen Vertreter von Hochschulen der LVR, der Berater der Oberhauptes der LVR, der Vertreter der Republik in der politischen Untergruppe der Kontaktgruppe in Minsk, der Kandidat der Geschichtswissenschaft Rodion Miroschnik sowie Gäste aus der RF teil – der Kolumnist der russischen internationalen Informationsagentur „RIA Nowosti“ Wladimir Kornikow, der Kandidat der Geschichtswissenschaft, der leitende wissenschaftliche Mitarbeiter des Instituts für russische Geschichte der russischen Akademie der Wissenschaften Andrej Martschukow, der Kolumnist der Informationsagentur „Ukraina.ru“ Alexandr Tschalenko, der Präsident des Fonds zur Entwicklung der Institutionen der Zivilgesellschaft „Volksdiplomatie“ Alexej Kotschetkow.

„Die Donezko-Kriworoschkaja-Republik hat die Gouvernements Charkow, Jekaterinoslawsk, Tawrija, den Steinkohlebezirk des Oblast Wojska Donskogo und den Eisenbahnbezirk der Gouvernements Cherson umfasst. Am 9. April 1918 wurde Lugansk die Hauptstadt der DKR, ausgehend davon können wir sagen, dass die Voraussetzungen für die Bildung der LVR und

der DVR ihre Grundlage in der Donezko-Kriworoschkaja-Republik haben“, sagte Sidorow. „Diese Konferenz zeigt ein weiteres Mal, dass es hier eine Gesellschaft gibt, die ihre Geschichte hat, die ihre Traditionen, ihre Erinnerung hat und dass es eine Gesellschaft gibt, die bereit ist, heute auf diesen Grundlagen, die sich historisch in unserem Land ergeben haben, der gesamten Welt die Wahrheit zu zeigen und daran zu erinnern, dass es hier Menschen gibt, die gerne arbeiten und auch ihr Recht auf Freiheit und ihre Identität verteidigen können“, sagte der Vorsitzende des Volkssowjets der LVR Denis Miroschnitschenko.

Die Donezko-Kriworoschkaja-Republik war eine politische Bildung, die auf dem Territorium des Donezker und des Kriworoschkij-Steinkohlebeckens im Februar 2018 als autonomes Gebiet im Rahmen der RSFSR ausgerufen wurde. Einen Monat später, im März 1918 wurde das Territorium als autonomes Gebiet in den Ukrainische Sowjetrepublik aufgenommen. Im April wurde sie von deutschen Truppen besetzt, offiziell wurde sie im Februar 1919 aufgelöst.

de.sputniknews.com: „Smarte“ US-Raketen nun in Russenhand? Pentagon will es nicht glauben

Die USA bezeichnen die Angaben des russischen Generalstabs über die nicht explodierten Tomahawk-Raketen, die nach dem westlichen Syrien-Angriff zur Untersuchung nach Russland gebracht wurden, als Fehlinformation.

„Wir haben keine Beweise außer der Erklärungen russischer Staatsmedien gesehen, die diese Worte bekräftigen würden“, sagte Eric Pahon, ein Vertreter des Pentagons, dem amerikanischen TV-Sender CNBC.

Die russischen Informationen über die Wahl der Ziele für den Luftangriff in Syrien verurteilte Pahon als „absurd“. Mit diesen „Fehlinformationen“ wolle Russland die Weltgemeinschaft davon ablenken, „dass es moralisch an den Greueln des Assad-Regimes und der Gewalt gegenüber Zivilisten im Westen Syriens beteiligt ist“, sagte Pahon. Die Erklärungen des russischen Generalstabs sollen als „ein weiterer Nebelschirm“ die Aufmerksamkeit von der wirklichen Lage in Syrien ablenken, hieß es.

Russlands Generalstab hat Journalisten am Mittwoch Teile der britischen, amerikanischen und französischen Raketen gezeigt, darunter Elemente seegestützter US-Marschflugkörper „Tomahawk“, die zuvor gegen Syrien abgefeuert worden waren. Das russische Militär könnte nun Aufschlüsse über neuestes westliches Know-how erhalten, sagen Militärexperten....



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32047/58/320475820.jpg>

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die Lage an der Kontaktlinie **bleibt angespannt.**

In den letzten 24 Stunden haben die Besatzungskräfte **in Richtung Donezk** die Gebiete von **sieben Ortschaften** beschossen. Der Feind hat fünf Schüsse mit Panzern durchgeführt, 156 Mörsergeschosse, davon 75 des Kalibers 120mm, abgeschossen. Außerdem hat er mit Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In Richtung Gorlowka wurden die Gebiete von **fünf Ortschaften** beschossen. Während des Beschusses hat der Feind 15 Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm und 79 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen. Außerdem hat der Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschütze, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

In Richtung Mariupol hat der Feind die Gebiete von drei **Ortschaften** beschossen und 85 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen und außerdem verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt haben die ukrainischen Banden in den letzten 24 Stunden das Regime der Feueinstellung **38 Mal** verletzt.

In der Folge barbarischer Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden neun Häuser in Sajzewo ganz oder teilweise zerstört.

Heute um 6:30 am Morgen hat der Feind mit 120mm-Mörsern das **Gebiet des Kontroll- und Passierpunkts „Majorsk“ beschossen.** Eines der Mörsergeschosse traf auf den Platz, wo sich die Bürger sammeln und sich zum Übergang auf das von der Ukraine besetzte Territorium bereit machen

Nicht gleichgültige Menschen in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte haben uns **rechtzeitig über den in Vorbereitung befindlichen Mord an friedlichen Einwohnern unserer Republik informiert.** Wir haben rechtzeitig Maßnahmen ergriffen und die Menschen nicht in die Beschusszone gelassen und sie so vor dem Tod bewahrt.

Zuvor hat der Feind in der Nacht auf dieses Gebiet mit 122mm-Artilleriegeschützen geschossen. Ein kleiner Teil der Splitter der in der Nacht detonierten Geschosse wird heute hier vorgestellt.

Ein nicht minder grausamer Fall ereignete sich im Gebiet von **Dokutschajewsk.**

Dort wurde durch Feuer mit einem 82mm-Geschütze **ein Traktor vernichtet,** der das Feld vor der Aussaat pflügte.

Der Feind tut weiter alles, um wenn schon nicht das Leben, so doch die Mittel und Möglichkeiten zur Existenz zu nehmen, indem er landwirtschaftliche Technik vernichtet und nicht zulässt, dass die Aussaat erfolgt.

Ich erinnere daran, dass diese Banditen vorgestern im selben Gebiet einen Kamas-Lastwagen, der Getreide zur Aussaat transportierte, mit einer Antipanzerlenkrakete vernichteten.

Gestern Morgen wurde in der Nähe der Kontaktlinie **ein Mann mittleren Alters festgenommen.**

Während der Durchführung vorläufiger operativer Maßnahmen wurde festgestellt, dass der Festgenommene der Bürger Georgiens Timur K. ist, der **zuvor in den Reihen der „georgischen Legion“** Dienst tat. Wir nennen derzeit seinen Familiennamen aus Gründen der Sicherheit für seine Verwandten, die auf dem Territorium der Ukraine oder in Georgien leben, nicht.

Als **Grund für den Übergang auf die Seite der Republik** nennt der Festgenommene den Beginn von weit verbreiteten **Verfolgungsmaßnahmen gegen Bürger Georgiens,** die an den Ereignissen auf dem Maidan im Jahr 2014 beteiligt waren, in der Ukraine, nachdem Zeugenaussagen seiner Kampfgefährten, die nach Italien geflohen sind, veröffentlicht wurden. In andere Staaten oder auch nach Georgien zu fliehen ist nicht möglich, weil die Daten der Gesuchten automatisch in die Datenbank von „Interpol“ übergeben werden, um die genannten

Personen in der Folge in die Ukraine auszuliefern. Dabei bedeutet die Übergabe eines Verdächtigen in die Ukraine durch Interpol entsprechend allen juristischen Regeln nicht, dass die Gesetzlichkeit bei der Durchführung der Ermittlungen im Ganzen eingehalten wird. Nach den Worten des Festgenommenen ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass ein Festgenommener ermordet wird, angeblich bei einem Fluchtversuch. Deshalb sieht er einen realen Schutz vor der Ermordung nur darin, dass er sich den Rechtsschutzorganen unserer Republik oder der Russischen Föderation stellt.

Er teilte auch mit, dass derzeit mindestens fünf weitere seiner Kameraden in der „Legion“ bereit sind, sich den Ermittlungsorganen der DVR oder der RF zu stellen, wenn ihnen Garantien für ihr Leben und ihre Gesundheit gewährt werden.

Unter der Bedingung, dass eine Strafe gemildert wird, ist der Festgenommene bereit, **unwiderlegbare Beweise für die unmittelbare Beteiligung von privaten Militärkompanien europäischer Staaten sowie von aktiven Soldaten von Armeen des NATO-Blocks an Kampfhandlungen im Donbass** vorzulegen. Außerdem hat er Beweise für eine **Lieferung ausländischer tödlicher Waffen an die ukrainischen Streitkräfte**.

Zur Bestätigung seiner Worte hat er bereits einen Teil der **Daten über ausländische Instrukteure** vorgelegt. Diese befinden sich derzeit in Fronteinheiten in der Zone der sogenannten „ATO“. Wir sind bereit, den genannten Personen Garantien zu leisten, aber nur wenn sich bestätigt, dass sie nicht an Morden an friedlichen Bürgern unserer Republik beteiligt waren.

So sehen wir, dass das verbrecherische ukrainische Regime beginnt gegen die zu kämpfen, die es geschaffen haben, und auch gegen die, die viel wissen. Und die Opfer dieser Verfolgungen finde nur auf der Seite der Gegner des verbrecherischen Regimes der ungesetzlichen ukrainischen Regierung Schutz.

Ukrinform.ua: Antonow will Lufttransportaufgaben der Nato ohne Russland übernehmen
Die staatliche Fluggesellschaft Antonow kann strategische Lufttransportaufgaben der Nato auch nach dem Rückzug der russischen Wolga-Dnepr-Gruppe aus dem Salis-Projekt durchführen.

Um diese Möglichkeiten zu demonstrieren, nimmt das Frachtflugzeug An-225 „Mrija“ an der Internationalen Luft- und Raumfahrt ausstellung (ILA) 2018 in Berlin, sagte der kommerzielle Direktor der Airlines, Andrij Blahowisnyi, dem Korrespondenten von Ukrinform. „Es gibt Gespräche, dass ohne die russische Seite die Nato und EU ohne Flugzeuge für den strategischen Lufttransport bleiben. Wir wollten mit unserer Teilnahme, mit dem einmaligen Flugzeug An-225, die Möglichkeiten der ukrainischen Fluggesellschaft Antonow beim strategischen Lufttransport zeigen und unseren Partner, den Teilnehmern des Projekts Salis bestätigen, dass wir bereit sind, den Bedarf der Nato und EU beim strategischen Lufttransport mit Flugzeugen An-124 und An-225 zu decken und wir garantieren das“, sagte Blahowisnyi. Nach seinen Worten verfüge Antonov Airlines über sieben Flugzeuge An-124 „Ruslan“ mit einer Nutzlast von 150 Tonnen, ein An-225 (Nutzlast bis 250 Tonnen) und sechs An-22 „Antej“ (Nutzlast bis 60 Tonnen). Gemäß dem Salis-Vertrag solle die Fluggesellschaft ein Flugzeug An-124 ständig und noch zwei Maschinen dieses Typs nach Bedarf bereitstellen. Das Projekt sehe die Nutzung bis zu sechs An-124 vor. Antonow wolle die Nato-Länder überzeugen, dass die Ukraine die notwendige Zahl von An-124 garantiert bereitstellen kann. Im Rahmen der ILA 2018 sind Gespräche des Unternehmens mit den Vertretern des Bundestags, des deutschen Bundesverteidigungsministeriums, der anderen Ländern der Nato und EU geplant. Ziel der Gespräche ist eine Verlängerung der Zusammenarbeit in einem erweiterten Format.

Das deutsche Verteidigungsministerium teilte zuvor mit, es wolle den Auftrag für den Einsatz von Antonow-Transportflugzeuge für den Zeitraum 2019 bis 2021 verlängern.

Die russische Wolga-Dnepr-Gruppe will ihre Beteiligung am Salis-Projekt nicht verlängern.

nachmittags:

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W.Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Verschärfung**.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen siebenmal das Regime der Feueereinstellung verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Kalinowo, Logwinowo, Nishneje Losowoje und Kalinowka**.

Bei den Beschüssen haben die ukrainischen Streitkräfte 120mm- und 82mm-Mörser, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 90 Geschosse abgeschossen.

Die Prinzipien der Arbeit der OSZE-Mission auf dem Territorium der LVR rufen bei uns Besorgnis hervor. Es wurde ein **weiterer Fall eines Versuchs entdeckt, die verbrecherische Tätigkeit der ukrainischen Banden zu decken**. So sind heute im täglichen Bericht der OSZE Informationen erschienen, dass Beobachter, die sich am östlichen Rand von Staniza Luganskaja befanden, am 24. April tagsüber 200 Meter südlich der Brücke in Staniza Luganskaja einen Schuss mit einem Maschinengewehr hörten. Nach Einschätzung der Mission erfolgte der Schuss angeblich aus dem Trennungsabschnitt, der von der Volksmiliz der LVR kontrolliert wird.

Zwei Minuten später haben Mitglieder der Patrouille der Mission 5 Schüsse mit Schusswaffen 700 Meter nach Nordnordwesten gehört. Nach ihrer Einschätzung erfolgten die Schüsse aus dem Gebiet am nördlichen Teil der Eisenbahnbrücke in Richtung der Positionen der Volksmiliz der LVR.

Aber die Menschen, die sich zu diesem Zeitpunkt am KPP „Staniza Luganskaja“ befanden und Zeugen der Beschüsse waren, stimmen diesen Angaben der Mission nicht zu. Nach ihren Worten haben die ukrainischen Streitkräfte als erste das Feuer eröffnet und zwar mit Antipanzergranatwerfern und einem Mörser. Dies kommt auch in dem Bericht zu Ausdruck, aber mit der Formulierung: „... sie hörten 8 Detonationen unbestimmter Herkunft, festzustellen, ob sie im Trennungsabschnitt oder außerhalb erfolgten, war nicht möglich; 2 Detonationen wurden als Artillerieschüsse 1-2 km westlich bewertet (nach der Einschätzung außerhalb des Trennungsabschnitts)...“ ohne anzugeben, dass dies von den ukrainischen Streitkräften kontrolliertes Territorium ist.

Wenn man die Information aus dem Bericht analysiert, sind verschwommene Phrasen bezüglich der provokativen und verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Streitkräfte und eine skrupulöse und genaue Beschreibung der Reaktion auf diese von Seiten der Volksmiliz der LVR zu erkennen. Wir bitten die Führung der OSZE-Mission, die Aufmerksamkeit auf die **fehlende Objektivität einzelner Vertreter der internationalen Mission** zu richten, die offen Punkt 3 verletzen - „gemäß den Prinzipien der Unparteilichkeit und der Transparenz zu handeln“. Mit einfachen Worten, wir bitten objektiv zu sein und keine der Konfliktseite zu bevorzugen, um nicht die Autorität und den Respekt gegenüber der OSZE zu unterminieren.

Soldaten der ukrainischen Streitkräfte **nutzen Wohngebiete von Ortschaften für provokative Beschüsse** auf das Territorium der Republik. So sind im Gebiet von Solotoje in der Schatjorskaja-Straße Militärtechnik und Personal der 14. mechanisierten Brigade stationiert.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte treibt weiter Geschäfte in der „ATO“-Zone. Soldaten aus der 80. Luftsturmgruppe transportieren auf Anweisung des Brigadekommandeurs Kowaltschuk **nachts Holz, Bauholz und Altmittel mit Militärlastwagen aus dem Gebiet von Stschastje ab, um es dann zu verkaufen.**

Die Volksmiliz der Republik strebt eine friedliche Lösung des Konflikts im Donbass an und hält die Minsker Vereinbarungen genau ein, aber im Fall ihres Bruchs durch die ukrainische Seite ist sie bereit, mit adäquaten Gegenmaßnahmen zu reagieren.

Frage: Das ukrainische Kommando, insbesondere General Najew nennt den aggressiveren Charakter der Militäroperation, die am 30. April in Kraft tritt. Ist die Volksmiliz zu einer neuen Verschärfung der Situation bereit und wie können Sie dies im Ganzen kommentieren?

Antwort: Wie wir zuvor erklärt haben, ist die Änderung des Formats von „ATO“ in „Operation der vereinigten Kräfte“ ein Versuch, die Verbrechen der ukrainischen Regierung im Donbass sowie die Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu legalisieren. Najew sagt offen, dass er Befehle zur Eröffnung des Feuers geben und verbotene Artillerie verwenden wird. Hier kommt die Frage auf, wie er dies zu tun plant, ohne die Minsker Vereinbarungen zu verletzen und dass vorher die ukrainischen Streitkräfte verbotene Waffen an der Kontaktlinie haben. Aus unserer Sicht wird die Straflosigkeit der Handlungen der Ukraine und die schweigende Zustimmung einer Reihe westlicher Staaten neue Verbrechen der ukrainischen Regierung im Donbass hervorbringen sowie zur Verschärfung der Situation in der Region führen. Dennoch ist die Volksmiliz zu jeder Entwicklung der Ereignisse bereit, dazu gehört auch, das Rückgrat des ukrainischen Neonazismus im Falle seiner aktiven und wortbrüchigen Handlungen zu brechen.

de.sputniknews.com: Russland ist kein Gegner: Senator nimmt Stellung zu Problemen von US-Flugzeugen

Russland ist laut Jewgeni Serebrennikow, dem Vizechef des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses des russischen Föderationsrates, nicht an den Störungen der elektronischen Systeme von amerikanischen Flugzeugen in Syrien beteiligt.

„Ich weiß nicht, wen sie mit den Gegnern meinen, aber Russland ist nicht daran beteiligt, die ganzen Vorwürfe sind nicht begründet“, sagte Serebrennikow.

Ihm zufolge hat Russland in Syrien etwas zu tun. „Das Land ist auf dem Weg zu einem friedlichen Leben, Russland hilft ihm dabei. Die Militärpolizei bringt Stadt für Stadt unter ihre Verteidigung.“

Die US-Flugzeuge, die die Kommandotruppen in Syrien aus der Luft unterstützen, waren laut dem Leiter des Special Operations Command General Tony Thomas auf Widerstand durch Mittel der elektronischen Kampfführung gestoßen. Die US-Gegner „prüfen uns täglich, wobei sie unsere Kommunikationsmittel blockieren und unsere AC-130 (ein US-Transportflugzeug – Anm. d. Red.) unfähig machen“, sagte er.

Laut der Webseite „The Drive“ habe er jedoch nicht präzisiert, wen er mit „Gegner“ gemeint hatte. Höchstwahrscheinlich gehe es um Russland oder die von Russland unterstützten Kräfte.

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Heute um 15 Uhr wurde **Dokutschajewsk** von den Positionen der 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte unter Kommando des Kriegsverbrecher Klotschkow barbarisch **mit großkalibriger Artillerie und Mörsern beschossen**. Auf Wohngebiete der Stadt wurden sechs Artilleriegeschosse des Kalibers 152mm, 20 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 82mm abgeschossen. In der Folge des Beschusses **starben zwei friedliche Einwohner – alte Menschen, ein Mann, geb. 1939 und seine Frau, geb. 1941.**

Ich will anmerken, dass seit dem 22. April im Verantwortungsbereich dieser Brigade die

Aktivität von NATO-Instrukteuren aus Kanada, Norwegen und Dänemark festzustellen ist. Die Mehrheit von ihnen hat mehrfach die Einheiten der 92. Brigade in der ATO-Zone besucht. Uns liegen Fotos vor, wie die verbrecherische Aktivität der ukrainischen Streitkräfte durch Mitglieder der genannten Gruppe der NATO unmittelbar an den Leitungspunkten der Einheiten der Brigade in der Nähe der Kontaktlinie koordiniert werden. Jetzt sterben friedliche Einwohner der Donezker Volksrepublik während ihrer Arbeit.

Wie wir zuvor erklärt haben, versucht der Gegner mit Unterstützung seiner westlichen Verbündeten, eine heftige Verschärfung der Lage in der Konfliktzone zu provozieren. In solchen Fällen, wo unsere friedlichen Einwohner sterben, behalten wir uns das Recht vor, Kampfmittel des Gegners zum Schutz unserer Bevölkerung gegen die Aggression der ukrainischen Streitkräfte niederzuhalten.



<http://armiyadnr.su/sites/default/files/inline/images/oynu8ngp1dw.jpg>

Ukrinform.ua: Ukrainische Regierung beschließt Plan zur Reintegration der Krim

Das Ministerkabinett der Ukraine hat einen ressortübergreifenden Plan für die Beziehungen mit den Ukrainern auf der besetzten Krim beschlossen.

Das gab der Minister für besetzte Gebiete und Binnenflüchtlinge, Wadym Tschernysch, nach der Regierungssitzung am Donnerstag bekannt. Der Plan zur Unterstützung der Beziehungen mit unseren Staatsangehörigen auf der besetzten Halbinsel sei eine gemeinsame Aufgabe für alle Ministerien und Behörden, sagte er.

Ziel des Plans ist die Einhaltung von Menschenrechten und Freiheiten der Binnenflüchtlinge und der Bürger in den besetzten Gebieten sowie die Reintegration dieser Gebiete und der Bevölkerung in den ukrainischen Verfassungsraum, betonte der stellvertretende Minister für besetzte Gebiete und Binnenflüchtlinge Jusuf Kurktschi. Es gehe auch um Zugang zur medizinischen Versorgung und zur Bildung in der Ukraine sowie um den Schutz des Kulturerbes. Im Plan seien auch Infrastrukturmaßnahmen vorgesehen.

de.sputniknews.com: Innovationstechnologien-Gebiet: Kiew findet neue Anwendung für Tschernobyl-Sperrzone

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko will die Sperrzone um das Atomkraftwerk Tschernobyl zu einem Technologiegebiet machen. Dies geht aus einer Mitteilung auf seinem Twitter-Account hervor.

„Heute müssen wir nicht nur unser Bestes tun, damit sich diese Tragödie nie wiederholt, sondern wir sollen eine Lehre aus jenen Ereignissen ziehen. Die heutige Tschernobyl-Zone soll zu einem Ort für neue fortschrittliche Technologien, zu einem Gebiet der Veränderungen werden“, schrieb er.

Mitte April war bekannt geworden, dass das AKW in Tschernobyl für das Publikum geöffnet wird. Eine Führung auf dem Standort und durch die Innenräume des Kernkraftwerkes kostet etwa 84 Euro, 15 Personen dürfen das Atomkraftwerk an einem Tag besuchen.

Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl ereignete sich am 26. April 1986 im Block vier des Kernkraftwerks nahe der ukrainischen Stadt Prypjat. Auf der siebenstufigen internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse wurde sie als erstes Ereignis der höchsten Kategorie „katastrophaler Unfall“ zugeordnet.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32048/41/320484183.jpg>

ukrinform.ua: Präsident Poroschenko ehrt Helden von Tschornobyl

Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hat auf dem Gelände des Atomkraftwerks Tschornobyl der Liquidatoren von Tschornobyl gedacht.

An der Zeremonie nahmen Umweltminister Ostap Semerak, der Minister für Sozialpolitik Andrij Rewa sowie andere Beamte teil, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

Poroschenko legte Blumen am Mahnmal für die Tschornobyl-Opfer nieder.

Am 26. April 1986 explodierte am Kernkraftwerk Tschornobyl Reaktor vier. Der Unfall ereignete sich um 1.23 Uhr Ortszeit. Nach der Explosion kam es zu einem Brand. Der Brand auf dem Dach des Reaktors wurde gegen 5 Uhr gelöscht. Der Brand im Reaktor bekamen die Einsatzkräfte erst am 10. Mai unter Kontrolle. Große Mengen an radioaktivem Material wurden in die Luft geschleudert und verteilten sich über die heutige Ukraine, Weißrussland und Russland sowie über viele Länder in Europa. Auf der siebenstufigen Ines-Skala (International Nuclear and Radiological Event Scale) wurde die Katastrophe mit der Stufe 7 bewertet.

[Rusvesna.su](http://rusvesna.su): Umfrage: Es wurde bekannt, wer in der Ukraine im Präsidentenrating führt
Die Ex-Premierministerin der Ukraine Julia Timoschenko führt das Präsidentenrating an:

heute wollen sie 14% der Ukrainer an der Spitze des Staates sehen.
Für den amtierenden Präsidenten Poroschenko sind 9% der Wähler bereit zu stimmen.
Solche Zahlen veröffentlicht am 26 April die Soziologiegruppe „Rating“.
Laut den Ergebnissen der Umfrage sind 14% der Befragten, die sich an der Wahl beteiligen wollen und sich bereits entschieden haben, bereit für die Vorsitzende der „Vaterlandspartei“ zu stimmen. Auf Platz Zwei der Popularität liegt der Ex-Verteidigungsminister der Ukraine Anatoli Grizenko – für ihn würden 11% der Befragten stimmen.
Poroschenko teilt sich Platz Drei im Rating mit dem Ko-Vorsitzenden des „Oppositionsblocks“ Juri Boiko und dem Musiker Swjatoslaw Wakartschuk – auf sie entfallen je 9% der potenziellen Wähler.
Für den Vorsitzenden der Radikalenpartei Oleg Ljaschko und den Showmaster Wladimir Selensky würden je 8% der Befragten stimmen, für den Vorsitzenden der Partei „Für das Leben“ des Oppositionellen Wadim Rabinowitsch - 6%.
An der Umfrage nahmen 6.000 erwachsene Bürger der Ukraine teil.
Es sei daran erinnert, dass die nächsten Präsidentschaftswahlen in der Ukraine in einem Jahr, im Frühjahr 2019 stattfinden.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/poroshenko_timoshenko_vakarchuk.jpg

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess vom Nachmittag:

13:10-13:40 – es wurde ein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Marjinka auf **Donezk (Trudowkije)** festgestellt, es wurden 4 Schüsse mit Antipanzergranatwerfern abgegeben.

Es wurden Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus folgenden Richtungen festgestellt:

14:15-14:45 – aus Richtung Nowotroizkoje auf **Dokutschajewsk**: es wurden 4 Mörsersgeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen;

14:30-15:10 – aus Richtung Awdejewka (Lüftungsschacht des Butowka-Bergwerks) auf **Spartak**: es wurden 4 Mörsersgeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen, es wurden 10 Schüsse mit automatischen Granatwerfern abgegeben und Schusswaffen verwendet;

15:05-15:35 – aus Richtung Nowotroizkoje auf **Dokutschajewsk**: es wurden 6

Artilleriegeschosse des Kalibers 152mm, 10 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen, 10 Schüsse mit Antipanzergrenatwerfern und 58 Schüsse mit automatischen Granatwerfern abgegeben;

16:05-16:35 – aus Richtung Nowotroizkoje auf **Dokutschajewsk**: es wurden 4 Schüsse mit Panzern abgegeben.

18:02-18:32 – aus Richtung Nowotroizkoje auf **Dokutschajewsk**: es wurden drei Schüsse mit Antipanzergrenatwerfern abgegeben;

18:20-18:50 – aus Richtung Awdejewka auf **Mineralnoje**: es wurden 20 Schüsse mit automatischen Granatwerfern abgegeben.

de.sputniknews.com: Wie Baum und Wasser Nord- und Südkorea zum Frieden bringen sollen Die Staatschefs von Nord- und Südkorea, Kim Jong-un und Moon Jae-in, werden am Freitag auf der Demarkationslinie, die die koreanische Halbinsel in Nord- und Südkorea teilt, gemeinsam einen Baum pflanzen. Das teilte am Donnerstag Südkoreas Regierungsvertreter Im Jong-seok gegenüber Journalisten mit.

Laut Im Jong-seok werden beide Staatschefs nach dem Gipfeltreffen eine Kiefer pflanzen, die aus dem Jahre 1953 stammt – dem Jahr des Endes des Koreakrieges. In der Nähe soll ein Stein mit der Aufschrift „Frieden und Wohlstand wurden gepflanzt“ aufgestellt werden.

Die Erde für den Baum sei speziell für diesen Anlass von dem auf der südkoreanischen Insel Jejudo gelegenen Berg Hallasan sowie von dem Vulkan Paektusan, der sich an der Grenze zwischen Nordkorea und China befindet, gebracht worden.

Kim Jong-un werde die Kiefer mit dem Wasser aus dem Fluss Hangang gießen, der durch Seoul fließt und Moon Jae-in – mit dem Wasser aus dem Fluss Taedong-gang, der durch Pjöngjang fließt, so Im Jong-seok.

Dan-news.info: Der weltberühmte Arzt Fistal berichtete im UVT, wie die ukrainischen Streitkräfte keine medizinische Lieferungen nach Donezk durchließen

Der Direktor des Gusak-Instituts für Notfall- und Rehabilitationschirurgie Emil Fistal sagte heute auf der Sitzung des Ukrainischen Volkstribunals (UVT) gegen das Regime Poroschenkos aus. Dies berichtet ein Korrespondent von DAN aus dem Sitzungssaal.

Die Richter des UVT hörten die Aussage des Chirurgen zur Blockierung der Beförderung von speziellen medizinischen Lieferungen nach Donezk im Jahr 2016. Die Zeugenaussage des Arztes wurden den Gerichtsmaterialien als einer der Fakten des Genozids der Bevölkerung der Region beigefügt.

„Wir hatten und haben tatsächlich eine Blockade nicht nur für die Menschen, sondern auch für den Import von Medikamenten, Verbrauchsmaterial und weiteres. Darüber hinaus müssen wir regelmäßig eine große Anzahl von Technik und Apparaturen warten. Wegen der Blockade können Spezialisten verschiedener Firmen, die zu uns kamen und die Technik warteten, jetzt nicht herkommen“, sagte Fistal. „Ich kann auch eines der vielen Beispiele nennen: wir haben 20 Abteilungen, in 15 davon wird operiert. Im Jahr 2016 sollte uns flüssiger Sauerstoff geliefert werden. Am Checkpoint haben sie das Fahrzeug aber nicht durchgelassen. Einen Dank an den Fahrer, der die Ware schließlich durch die RF transportiert hat“.

Den Worten Fistals zufolge hatte er sich um Hilfe an internationale Organisationen gewandt, auch an die OSZE, das Internationale Rote Kreuz und die UNO. „Vertreter des Roten Kreuzes führen zum Checkpoint zu ‚Asow‘, die das Fahrzeug nicht durchließen, versuchten die Wichtigkeit, die Notwendigkeit von Sauerstoff für die Beatmung der Lungen, für Operationen zu erklären. Das hat keine Ergebnisse gebracht“, ergänzte der Chirurg.

Seinen Worten nach hat das Institut für Notfall- und Rehabilitationschirurgie über lange Zeit nur durch die humanitäre Hilfe der Russischen Föderation den Bedürftigen und Opfern medizinische Hilfe leisten können.

Wir ergänzen, dass heute die Richter des UVT den 6. thematischen Block der Anklagen wegen Genozids behandeln. Es sei darauf hingewiesen, dass gemäß Artikel 442 des Strafgesetzbuches der Ukraine Genozid bzw. öffentliche Aufrufe zum Völkermord mit Freiheitsstrafen zwischen 10 und 15 Jahren oder lebenslanger Haft bzw. mit einer Haftstrafe bis zu 6 Monaten bis zu einem Freiheitsentzug bis zu 5 Jahren geahndet werden.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/04/dan-news.info-2018-04-26_11-03-35_191822-dsc_2816-1024x680.jpg

de.sputniknews.com: Fall Skripal als Versöhnungsmotiv? Stoltenberg zu Nato-Russland-Beziehungen

Ein offener Dialog zwischen der Nato und Russland ist erforderlich und muss trotz Schwierigkeiten weiter fortbestehen. Dies betonte am Donnerstag der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg.

„In einer Situation der Hochspannung ist es umso wichtiger, weiterhin offen mit Russland zu sprechen“, sagte Stoltenberg in Brüssel.

Nach Ansicht des Nato-Generalsekretärs sind die Spannungen zwischen den Nato-Staaten und Russland auf die Vergiftung des Ex-Doppelagenten Sergej Skripal sowie die Destabilisierung der Lage in der Ost-Ukraine zurückzuführen. Auch Moskaus Unterstützung der syrischen Regierung beeinträchtigt Russlands Beziehungen zum Westen.

„All dies schafft eine Situation, die immer angespannter wird und die Nato-Beziehungen zu Russland werden noch komplizierter. Aber das ist kein Argument gegen, sondern für einen Dialog“, so Stoltenberg.

Gleichzeitig betonte er, auch wenn es zu keiner Verbesserung komme, es äußerst wichtig sei, eine „Regelung der heutigen Beziehungen sicherzustellen“.

„Wir müssen die Situation unter Kontrolle bekommen, wenn wir mehr Übungen durchführen könnten, um Vorfälle zu verhindern. Genau aus diesem Grund haben unser Oberbefehlshaber in Europa und der russische Generalstabschef Waleri Gerassimow ein Treffen abgehalten: Um Informationen über Übungen auszutauschen. Wir müssen den Dialog fördern“, äußerte der Nato-Generalsekretär.

Lug-info.com: Die LVR wird etwa 100km durch Beschüsse beschädigte Stromleitungen reparieren und 30 km neue bauen. Dies teilte heute der Vorsitzende des Ministerrats Sergej Koslow mit.

„Dadurch wird die Energiesicherheit unserer Republik erheblich gestärkt werden. Im Ergebnis werden wir stabile Stromlieferungen an alle Verbraucher der Republik erhalten, einschließlich Unternehmen, die energieintensive Prozesse betreiben, das ist das Altschewsker Metallkombinat und die Stachanower Eisenlegierungsfabrik“, sagte Koslow.

Abends:

de.sputniknews.com: Russlands OPCW-Vertreter gibt Pressekonferenz in Den Haag
Russlands Ständiger Vertreter bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) hält eine Pressekonferenz in Den Haag zum angeblichen Giftgasangriff im syrischen Duma am 7. April. Zwei Zeugen, der elfjährige Hassan Diab und sein Vater, sollen dabei Beweise liefern, dass der mutmaßliche C-Waffen-Einsatz eine Inszenierung war.

Dan-news.info: Die Einwohner der DVR legten Blumen am Denkmal für die Liquidatoren der Tschernobyl-Katastrophe in Donezk nieder

In der Hauptstadt der Volksrepublik Donezk wurde heute eine Kundgebung anlässlich des 32. Jahrestages des Reaktorunglücks von Tschernobyl durchgeführt. Die Veranstaltung fand an der Gedenkstätte für die Opfer der Tragödie auf dem Platz der gefallenen Kommunisten im Zentrum der Hauptstadt statt.

„Sie dachten nicht an sich selbst, sie dachten nicht an ihre Verwandten und Freunde, als fast 8.000 Donbassbewohner sich an der Beseitigung der Folgen des Unglücks beteiligten. Wie soll man eine solche Heldentat, die die Liquidatoren im Kernkraftwerk Tschernobyl vollbrachten, nur genug wertschätzen? Ich weiß es nicht, denn die eigene Gesundheit, das eigene Leben für andere zu opfern – das ist von unschätzbarem Wert“, sagte der stellvertretende Leiter der Donezker Administration Maxim Suchorukow.

Zur Kundgebung kamen etwa 300 Menschen. Außer den Vertretern der lokalen Behörden nahmen auch Angehörige der Verstorbenen und Liquidatoren teil. Zu Beginn wurde eine Trauerfeier abgehalten. Danach wurde das Andenken an die Verstorbenen durch eine Schweigeminute geehrt und am Denkmal Blumen niedergelegt.

Der Unfall von Tschernobyl ereignete sich in der Nacht vom 25. auf den 26. April 1986, es explodierte der 4. Kraftwerksreaktor. Die Tragödie gilt als die größte in der Geschichte der Kernenergie. Mehr als 600.000 Sowjetbürger beteiligten sich an der Beseitigung der Folgen. In den ersten Monaten nach dem Vorfall starben 31 Menschen. Die Gesamtzahl der Opfer ist nicht bekannt.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/04/dan-news.info-2018-04-26_08-47-05_795953-dsc1897.jpg

de.sputniknews.com: 32 Jahre Tschernobyl-Gau: Kritik und Warnungen an Kiew aus Bundestag

Die Mitglieder des Bundestag-Umweltausschusses haben anlässlich des 32. Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe die Lage rund um das havarierte AKW erörtert, geht aus einer Mitteilung des Bundestags hervor. Die Abgeordneten haben außerdem Kiew wegen des Umgangs mit Opfern sowie der Verzögerungen bei den Arbeiten an der Schutzhülle kritisiert. Die Ausschussvorsitzende Sylvia Kotting-Uhl (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte am Mittwoch in ihrem Bericht unzureichende Entschädigungen an die Opfer der Katastrophe seitens der Ukraine, heißt es in einer Pressemitteilung. Die Abgeordnete verwies darauf, dass diese Zahlungen nicht im gesetzlich vorgesehenen Umfang geleistet würden.

Kotting-Uhl, die Anfang April das betroffene Gebiet besucht hatte, übte außerdem Kritik an der Ukraine-Energiepolitik, denn Kiew setze weiter auf Atomkraft. Laut der Politikerin unterstützt die EU-Kommission diese Politik durch Kredite für Sicherheitsmaßnahmen, um zu ermöglichen, die Laufzeit der ukrainischen AKW weiter zu verlängern.

In ihrem Bericht sprach die Ausschussvorsitzende unter anderem über die wirtschaftliche Verwertung der Sperrzone um das AKW, wo der Tourismus floriere. Kotting-Uhl vermutete, das Gebiet solle ebenfalls als Atommüllzentrum etabliert werden: Dort seien Endlager für schwach- und mittlradioaktiven Abfall sowie ein Zwischenlager für hochradioaktiven Abfall geplant.

Die Politikerin betonte aber, es gebe keine Planungen für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle, denn Kiew wolle zunächst die Erfahrungen in Deutschland und in den skandinavischen Ländern abwarten.

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), sprach ihrerseits über Verzögerungen bei den Arbeiten an der neuen Schutzhülle, die den verunglückten Block vier des AKW abschirmen solle. Laut der Politikerin kann wegen des hohen Strahlungsniveaus in einem Teilgebiet um den Reaktor nur

zeitlich eingeschränkt gearbeitet werden. Die Fertigstellung werde zurzeit für Ende dieses Jahres erwartet.

Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl ereignete sich am 26. April 1986 im Block vier des Kernkraftwerks nahe der ukrainischen Stadt Prypjat. Auf der siebenstufigen internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse wurde sie als erstes Ereignis der Kategorie „katastrophaler Unfall“ eingeordnet.